Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 9/6.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gire-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Reklz.-Zeile 80 Goldpfg. m. Zuschl.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 17. Freitag, den 22. Januar 1926. 84. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 21. Jan. Ein deutschnationaler Antrag im Reichstag wandte sich am Mittwoch gegen die Fortführung des Neckarkanals über Heidelberg hinauf und verlangte, daß der Reichstag auf Grund einer ihm alsbald vorzulegenden Denkschrift, enthaltend die Zusammenstellung aller Gründe für und wider die Fortführung der Neckarkanalisierung bis Heilbronn alsbald erneut Beschluß fasse. Der Antrag ist jedoch, nachdem u. a. der Reichstagsabgeordnete Dr.-Ing. Wieland-Ulm (D. V.) dagegen gesprochen hatte, gegen die Stimmen einiger Deutschnationalen abgelehnt worden.

Berlin, 21. Jan. Wie die „Vossische Zeitung" hört, wird zu den Verhandlungen der Abrüstungskommission des Völkerbunds von deutscher Seite der frühere Botschafter Graf Heinrich Bernstorff, Mitglied der deutsch-demokratischen Reichstagsfraktion, von der Reichsregierung entsandt werden. — Wie der „Börsenkurier" meldet, ist bei dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dittmann ein Einbruch verübt worden. Da Schriftstücke entwendet worden sind, vermutet man einen Diebstahl aus politischen Gründen. — Der bekannte Schriftsteller Thomas Mann hat in Paris Vorlesungen aus seinen Werken gehalten. Bemerkenswert ist, daß auf seinen Wunsch die Pariser Vertreter rechtsstehender deutscher Zeitungen hiervon ausgeschlossen wurden, und zwar soll dieser Wunsch Manns den Zeitungsvertretern durch die deutsche Botschaft übermittelt worden sein.

Wohnungsfragen im Finanzausschuß.

Stuttgart, 20. Jan. Der Finanzausschuß beschäftigte sich mit einer Reihe von Eingaben. Das Gesuch des Gutsbesitzervereins Cannstatt um Nachlaß der Staatssteuer 1925/26 von den verlegten Grundstücken wurde im Sinn der Berücksichtigung der Einzelgesuche der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die Eingaben der Gemeinde Schramberg betr. Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden führte zu ausgedehnten Erörterungen. Der Finanzminister stellte den endgültigen Ausgleich auf 1. April 1927 in Aussicht. Für Schramberg sei die Gemeindeumlage von 22 Prozent genehmigt. Im Anschluß an weitere Eingaben erfolgte eine Besprechung der Wohnungsbaufürsorge. Berichterstatter ist Abg. Dr. Schermann (Ztr.). Finanzminister Dehlinger erinnerte daran, daß der Wohnungskredit anstatt so viele Mittel zugewiesen seien, daß sie den bisherigen Ansprüchen genügen könne. Ein Bedürfnis für die Aufrollung des ganzen Wohnungsprogramms liege heute nicht vor, da Mitte Februar der Etat vorliege, der das Nähere über die Wohnungsfinanzierung darstellen werde. Der Minister des Innern Bolz wies darauf hin, daß der Landtag sich mit einer Erhöhung der Gebäudeentschuldungssteuerquote zu beschäftigen habe. Der Wohnungsbau soll im ganzen Reich gefördert werden, nicht allein durch die Steuermittel aus den Sondersteuern, sondern durch Beschaffung von Geldgelegenheiten auf erste Hypotheken. Dies sei schwer, weil die Reichsbank keine ausländischen Anleihen zu diesem Zweck zuläßt. Sodann spielte die Frage eine Rolle, daß mit den vorhandenen Mitteln mehr Wohnungen durch den Bau nach Typen und Normen und Beschränkung des Preises gebaut werden können. So könne die Zwangswirtschaft nach und nach entbehrlich werden und die Mietpreise erträglich bleiben. Eine Dreizimmerwohnung werde für etwa 10 000 M. erbaut werden können. Ein Redner der Demokraten widersprach dem Aufschub bis zur Vorlage des Etats. Der Finanzminister rechnete 15,7 Millionen aus Steueranteilen für Förderung des Wohnungsbaues heraus. Diese reichen nach den Ausführungen des Ministers des Innern nicht aus. Der Berichterstatter Dr. Schermann fragt, ob nicht die Uebersicht über den Etat schon etwa um den 1. Februar zu gewinnen sei. Der Finanzminister sagt dies nicht zu, dagegen erklärt er sich bereit, bis zur Höhe von drei Millionen Mark Mittel zur ungestörten Fortführung der Arbeiterwohnungsbauten anstalt zur Verfügung zu stellen. Die Eingaben werden zurückgestellt.

Die englische Besatzung auf 7500 vermindert.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Die englische Besatzungsarmee gibt jetzt offiziell die Stärke und Verteilung der Truppen in der von ihr neu besetzten Zone bekannt. Statt der angekündigten 9000 Mann wird die Stärke der englischen Rheinarmee hier nur 7500 Mann betragen. Als Garnisonsorte werden in Anspruch genommen: Wiesbaden, Biebrich, Schierstein, Langenschwalbach, Idstein, Königstein und Bingen. In Wiesbaden wird das Oberkommando, das Hauptquartier und ein Bataillon Hochländer, ein Bataillon und zwei Kompagnien Infanterie untergebracht. Nach Biebrich wird ein Regiment Fußartillerie und ein Bataillon Infanterie, nach Schierstein werden zwei Kompagnien Infanterie verlegt, in Dotzheim wird eine Telegraphenabteilung von 200 Mann untergebracht. In Langenschwalbach und Idstein zwei Kompagnien Infanterie, in Königstein ein Bataillon und zwei Kompagnien Infanterie, nach Bingen kommen zwei Kompagnien Infanterie und ein Militär-Lazarett. Ein Teil der Bingener Garnison muß wegen Wohnungsmangel in Bingerbrück untergebracht werden.

Eine skandalöse Abfindungsklage.

Berlin, 21. Jan. Die Vorgänge im großherzoglichen Haus in Mecklenburg, die durch die augenblicklichen Verhandlungen im Kammergericht über den Fall der Condesa de Matzenau in eigentümliche Beleuchtung gerückt wurden, dürften auch einige Zeit die Dresdener Gerichte beschäftigen. Die Einzelheiten, um die es sich bei dieser Affäre handelt, sind noch weit skandalöser. Die Freundin des Großherzogs Friedrich Adolf VI., die Gräfin Bubna-Litic hat auf Aufnahme des Abfindungsverfahrens geklagt. Der junge Großherzog ließ sich im Jahre 1910 in London verleiten, eine Abfindung für die Herausgabe kompromittierender Dokumente zu versprechen. Die Sache sprach sich herum, und das Berliner Polizeipräsidium warnte vor einem Skandal. Es wurde ein Vertrauensmann bestellt, um die Geschichte in Ordnung zu bringen. Für die Herausgabe der Dokumente wurden vier Millionen zugesichert, von denen 760 000 Mark in Gold gezahlt worden sind. Dann kam der Krieg dazwischen, und die in englischen Banktresors ruhenden Dokumente konnten nicht herausgegeben werden. Die Klage der Gräfin geht nun, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, auf Zahlung der restlichen 3 240 000 Goldmark zuzüglich 4 Prozent Zinsen seit dem Jahre 1914 und richtet sich ausschließlich gegen die Prinzessin Marie zu Lippe. Es handelt sich um eine ausgesprochene Erpressung, und man muß gespannt sein, wie die Dresdener Gerichte entscheiden.

Aufwertung des Anleihe-Altbesitzes.

Die Anträge von Anleihegläubigern, die ihren Altbesitz an Markanleihen unmittelbar beim Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes in Berlin zum Umtausch anmelden und Gewährung von Auslosungsrechten beantragen, werden immer zahlreicher. Hieraus ist zu entnehmen, daß noch ein großer Teil der Anleihegläubiger über die Grundsätze des Ablösungsverfahrens nicht unterrichtet ist. Für den Reichskommissar erwächst eine zwecklose Geschäftsbelastung und für die Anleihegläubiger ergeben sich Verzögerungen und evtl. Nachteile, z. B. im Falle der Vorzugsrechte. Sämtliche Anleihegläubiger haben sich bei Geltendmachung ihrer Altbesitzrechte ausschließlich an eine Vermittlungsstelle, d. h. Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft, Zentralkasse landwirtschaftlicher Genossenschaften oder sonstige Geldanstalt zu wenden. Von der Vermittlungsstelle aus gelangt der Antrag zur zuständigen Anleihe-Altbesitzstelle desjenigen Finanzamts, bei dem der betreffende Anleihegläubiger zur Einkommen- oder Körperschaftssteuer veranlagt wird. Die Anleihe-Altbesitzstelle entscheidet alsdann über den Antrag entweder in eigener Zuständigkeit, oder sie legt ihn dem Reichskommissar in Berlin zur Entscheidung vor. Ein unmittelbare Angehung auch der Anleihe Altbesitzstellen ist ausgeschlossen. Anträge wegen Gewährung einer Vorzugsrente sind an die zuständige Bezirksfürsorgestelle zu richten. Anträge wegen Rückerstattung von Reichsnotopfer an Kleinrentner oder wegen Umtausches von Zwangsanleihe in Kriegsanleihe für solche Personen, denen seinerzeit überzahltes Reichsnotopfer mit Zwangsanleihe zurückerstattet wurde, sind nicht an die Anleihe-Altbesitzstelle, sondern an das zuständige Finanzamt zu richten. Bei dieser Gelegenheit wird noch darauf hingewiesen, daß die Frist zur Anmeldung des Altbesitzes bei den Vermittlungsstellen am 28. Febr. 1926 abläuft, eine Verlängerung dieser Frist ist keineswegs in Aussicht genommen. Die Anleihegläubiger werden daher in ihrem Interesse auf pünktliche Einhaltung der Frist aufmerksam gemacht.

Ausland.

London, 21. Jan. Lloyd George hat in einer Programmrede die Anlehnung der Liberalen an die Arbeiterpartei propagiert, aber sich auch ein Bündnis mit den Konservativen offen gehalten.

Die Kehrseite der Verständigungsidee.

Paris, 21. Jan. Das „Journal" protestiert heute in heftiger Weise gegen die Aufführung deutscher Theaterstücke in der elsässischen Stadt Mülhausen und findet es unerhört, daß die französische Regierung „derartigen Unfug" gestatte. In einem anderen Artikel wendet sich das „Journal" in ironischer Weise, unter den beleidigendsten Ausdrücken gegen Deutschland und hauptsächlich den Schriftsteller Alfred Kerr, gegen das neugegründete Institut für geistiges Zusammenwirken. Das Blatt bezeichnet dieses Institut als eine neue Stätte für „sinnloses und wertloses Friedensgeschwätz".

Der Locarno-Vertrag ein Fetzen Papier.

Paris, 21. Jan. Zu den Münchener Ausführungen Stresemanns nimmt heute das nationalistische „Echo de Paris" in bemerkenswerter Weise Stellung. Das Blatt zitiert aus Stresemanns Rede den Passus: „Man kann schon heute erklären in historischer Hinsicht, daß durch den Locarno-Vertrag die Rheinlandpolitik, wie sie von Frankreich einstmals unter Marschall Foch und Clemenceau angewendet wurde, vollkommen erschüttert ist." Demgegenüber glaubt der Leitartikler des „Echo de Paris" feststellen zu können, daß es sich bei der von Stresemann behaupteten Verzichtleistung auf das Rheinland nur um eine vorübergehende politische Konstellation handelt. Von Richelieu bis Clemenceau habe Frankreich zahlreiche Anstrengungen gemacht, um das Rheinland zu gewinnen; selbst Briand habe im Jahre 1917 in einem Brief an den französischen Botschafter geschrieben, daß der Frieden eine territoriale Regelung bringen müsse, auf Grund welcher Deutschland der Besitz des Rheinlands entzogen werde. Was Briand damals für nötig hielt, habe er in Locarno zwar auf dem Papier preisgegeben, aber die französische Politik könnte eines Tages zu dem früheren Standpunkt Briands wieder zurückkehren. „Wenn auch die Locarnoverträge angenommen werden, so dürfen wir nicht behaupten, daß damit auch die Verzichtleistung auf das Rheinland endgültig sanktioniert werde." So heißt es am Schluß des Artikels.

Aus dem Faschistenreich.

Rom, 20. Jan. Das neue Dekret über den Verlust der durch Optionen auf Grund des Friedensvertags erworbenen italienischen Staatsangehörigkeit soll, wie verlautet, bereits gegen einige politische Persönlichkeiten angewendet werden, die angeblich in öffentlichen Aemtern eine regierungsfeindliche Haltung eingenommen haben. Auch wird es nicht als ausgeschlossen bezeichnet, daß von der gleichen Maßnahme Abgeordnete betroffen werden könnten, die dadurch ihres politischen Mandats verlustig gehen würden. In einem offensichtlich inspirierten Leitartikel schreibt der „Messagero" scharf polemisierend gegen die deutschen Pressestimmen in der Südtiroler Frage und die Aufrufe zum Boykott Italiens: Italien verfolge in Südtirol nur die Politik der Aufrechterhaltung der Staatsautorität und nicht eine Politik der Unterdrückung der deutschen Bevölkerung. Es sei zu hoffen, daß die Berliner Regierung sich in ihrer offiziellen Politik deutlich von der Pressekampagne und den Bestrebungen einzelner Gruppen unterscheiden werde, da letztere nur zur Entfremdung beider Völker führen können und als Gegenwirkung Italiens wenig erwünschte politische Ueberraschungen für Deutschland nach sich ziehen müßten.

Um den Eintritt in den Völkerbund.

London, 21. Jan. Da Deutschlands Antrag auf Eintritt in den Völkerbund unmittelbar nach der Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag durch das neue Kabinett erwartet wird, verlautete hier gestern abend, daß die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in der ersten Woche des März stattfinden wird. Deutschland werde dann als vollberechtigtes Mitglied bereits an der nächsten Tagung des Völkerbundsrates, die am 7. März beginnen wird, teilnehmen können. In hiesigen Völkerbundskreisen liegen Informationen vor, wonach von französischer Seite allerhand Machinationen zur Ausschaltung des deutschen Einflusses im Völkerbund stattfinden. Den „Daily News" zufolge verlangen gewisse französische Kreise, daß wenn Deutschland einen dauernden Sitz im Völkerbund erhält, Polen ebenso einen solchen erhalten müsse. Das Blatt bemerkt dazu, daß Polen ein Anrecht habe, im nächsten Dezember für einen nichtdauernden Sitz im Völkerbundsrat erwählt zu werden, denn wenn es einen dauernden Sitz beanspruche, werde es eine unvermeidliche Ablehnung provozieren.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in **Feldrennach** dem Unterlehrer Hermann **Franz** in Reutlingen-Betzingen, **Gräfenhausen** dem Hauptlehrer **Burk** in Lennach OA. Weinsberg, **Ilsfeld** OA. Besigheim dem Hauptlehrer **Dierlin** in **Engelsbrand** übertragen.

Neuenbürg, 21. Jan. (Nicht unterschreiben, was man nicht vollständig gelesen hat.) Neuerdings sind wieder Fälle vorgekommen, die zur Vorsicht mahnen. Provisionsreisende, die sich mit der Reproduktion von Bildern befaßten, legten ihren Kunden (zumeist unerfahrenen Frauen) nach Abschluß eines Geschäfts gedruckte Formulare zur Unterschrift vor. In den Formularen standen jedoch ganz andere Bedingungen, als bei der geschäftlichen Besprechung gemacht worden waren, so z. B. befand sich eine Bemerkung darunter vor: „Unterzeichnete(r) verpflichtet sich gleichzeitig zur Entnahme eines Rahmens zu dem Bilde, lieferbar von unserer Firma. Der Preis eines Rahmens beträgt 15—20 M. Muster werden später vorgelegt werden." Ohne diesen Passus zu lesen, setzten viele Besteller — meist Bestellerinnen — ihren Namen unter das Formular und verpflichteten sich damit ahnungslos zur Entnahme eines teuren Rahmens.

(Wetterbericht.) In Süddeutschland macht sich die Wirkung der nordwestlichen Depression bemerkbar. Die Wetterlage bleibt bis auf weiteres unbeständig, so daß für Samstag und Sonntag mehrfach bedecktes und auch zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Schwarzenberg, 20. Jan. Bei der kürzlich stattgehabten Ergänzungswahl zum Gemeinderat wurde ein Zettel folgenden Inhalts abgegeben: Die Wahl kommt heute nun zum Schluß, das Wählen wird einem zum Verdruß, denn gehe ich links, das merkt ich längst schon wohl, das Faß das rinnt, wird leer und hohl. Und gehe ich rechts, da weicht man g'fetzlich nur. Im Hotel gibts nur teuren Schmaus. Nur noch die Mitte kann uns retten, weil die am meisten in der Steuer stecken. Drum, lieber Wähler, wähle doch einen Mann, der zahlt und schafft ums Brot, und sorgt für das Gemeindewohl, nicht springt und schreit den Flecken voll.

Württemberg.

Stuttgart, 21. Jan. (Zum Kampf um die Aufwertung.) Der Württ. Sparerbund (Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverband e. V.) schreibt uns: Der Sparerbund warnt die Gläubiger und Sparer vor den zahlreichen Organisationen, kleinen Gruppen und gewerbsmäßigen Vermittlungsstellen, die täglich neu sich bilden in der Absicht, aus der Aufwertungsfrage geschäftlichen Vorteil zu ziehen. Der dem Volksbegehren zu Grunde zu legende Gesetzentwurf ist nunmehr von der Gesetzeskommission des Sparerbundes auf der Grundlage der Beschlüsse der letzten Delegiertenversammlung in Berlin fertiggestellt worden. In diesem Entwurf wird das gesetzliche Aufwertungsrecht einer gründlichen Neuregelung nach Treu und Glauben unterzogen.

Stuttgart, 20. Jan. (Landesversammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.) Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesausschuß Württemberg, hielt am Sonntag, den 17. Januar, hier seine diesjährige Landesversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Mattutat-Stuttgart, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der erschienenen Vertreter und Gäste, wobei er auf ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Organisation für die Beamten- und Angestelltenbewegung hinwies. Ueber den geschäftlichen Teil berichtete Herr Waldvogel, den Kassenbericht gab Herr Georgi. Hierauf nahm die Versammlung den Vortrag des Herrn Döbling vom Hauptvorstand in Berlin über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und ihre Auswirkungen auf die Beamtenschaft entgegen. Der Vortragende schilderte die Wirtschaftslage als Folge des Krieges und der leider während seiner Dauer wie auch später

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

betriebenen falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des verhängnisvollen Einflusses der großen kapitalistischen Wirtschaftsverbände. Wie immer predige man von dieser Seite Sparsamkeit. Dagegen sei nichts einzuwenden, wohl aber müsse sich die Arbeitnehmerschaft, zu der auch die Beamtenschaft zähle, dagegen wenden, daß sie allein die Kosten dieser Sparpolitik trage. Auf der einen Seite gehe man mit dem Abbau der Arbeitnehmer auf das Rigoroseste vor, auf der anderen will man die Arbeitszeit verlängern und die Gehalts- und Lohnbedingungen herunterdrücken. Von einem Preisabbau, dem Uebergehen zu anderen Kalkulationsmethoden und einer Rationalisierung der Produktion sei dagegen nichts zu bemerken. Was sich so in Industrie und Wirtschaft zeige, finde sich beim Staate und der Beamtenschaft gegenüber vor. Auch hier sei der Einfluß der gleichen Wirtschaftskräfte unverkennbar, woraus sich für die Beamten die innige Verknüpfung ihres Schicksals mit dem der Arbeiterschaft ergebe, das nur durch die gleiche Politik zum Bessern gewendet werden könne, wie sie die Gewerkschaften vertreten.

Stuttgart, 20. Jan. (Ein kirchliches Rechnungsprüfamt.) Beim Evangelischen Oberkirchenrat ist nach der soeben erschienenen Nummer seines Amtsblattes auf Grund der neuen Kirchengemeindeordnung ein Rechnungsprüfamt errichtet worden, dem die Prüfung sämtlicher Rechnungsstellen der Kirchengemeinden obliegt. Die Entlastung der Dekanatämter und Kirchenbezirksausschüsse von dieser Verwaltungsaufgabe entspricht einem schon lange und dringend empfundenen Bedürfnis. In Betracht kommen erstmals, wenigstens zum großen Teil, die auf 31. März 1925 verfallenen Rechnungen. Die Dekanatämter werden über den Abschluß des Prüfungsgeschäfts für ihren Bezirk alljährlich benachrichtigt werden.

Stuttgart, 21. Jan. (Kirchenopfer.) Die Evang. Studienhilfe hat auch im Jahr 1925 tüchtigen Schülern, die gewillt sind, sich auf den Pfarrberuf vorzubereiten und die erforderliche Ausrüstung dazu besitzen, durch Darreichung von Studienunterstützungen den Weg dazu erleichtern oder ermöglichen dürfen. Der Ev. Oberkirchenrat hat zugunsten der Ev. Studienhilfe ein allgemeines Kirchenopfer auf Sonntag, den 21. Febr., angeordnet.

Stuttgart, 21. Jan. (Genehmigte Sammlungen.) Das Ministerium des Innern hat folgende Sammlungen für das ganze Land genehmigt: 1. Württembergische Kinderhilfe e. V., Eßlingen, bis 31. Dezember 1926; 2. Denkmalausschuß des Inf.-Reg. „Kaiser Friedrich" in Stuttgart bis 1. Mai 1926; 3. Zeppelin-Spende Württemberg bis 1. April 1926.

Heilbronn, 21. Jan. (Tödlich verunglückt. — Betrügerischer Bankerott.) Metzgermeister Hermann Rank, der zu seiner Gesundung in Arosa weilte, fuhr dort beim Rodeln mit seinem Schlitten in einen anderen, mit einem Pferd bespannten Schlitten und kam dabei ums Leben. Das scheu gewordene Pferd brachte dem Verunglückten lebensgefährliche Verletzungen bei. — Vorübergehend festgenommen wurden vorgestern lt. „Neckar-Echo" die Inhaber eines Autounternehmens in Böckingen, Schober und Huß. Es handelt sich um betrügerischen Bankerott.

Vom Unterland, 21. Jan. (Stille Heldentat.) In einer Gemeinde im Oberamt Künzelsau wollte ein Mädchen heuer nach dem Vorbild der hl. Drei Könige dem Christkind Gold opfern. Da es aber sonst kein Geld hatte, so legte es seinen liebsten Schmuck, ein Paar goldener Ohrenringe in das Opferkästchen vor der Krippe. In einer Zeit, wo die Menschen so geldgierig sind, ist dieses Opfer besonders erbaulich und rühmenswert.

Tübingen, 21. Jan. (Freispruch.) Das Schwurgericht hat den 39 Jahre alten verheirateten Säger Wilhelm König von Dobel OA. Neuenbürg von der Anklage des Meineids mangelnden Beweises halber freigesprochen.

Rottenburg, 21. Jan. (Gründung der Ammertal-Schönbuch-Wasserversorgungsgruppe.) In Anwesenheit des Ministerialrats Dr. Held und des Regierungsrats Eberhard vom Ministerium des Innern, des Oberbaurats Groß vom Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungswesen, der Oberamtsvorstände von Böblingen, Herrenberg, Rottenburg, Tübingen und Stuttgart-Amt und Vertretern von 19 Gemeinden der letztgenannten Oberämter fand gestern in Herrenberg die Gründung der Ammertal-Schönbuch-Wasserversorgungsgruppe, die 19 Gemeinden mit etwa 30 000 Einwohnern umfaßt, statt. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Erstellung der Wasserversorgungsanlage, die das erforderliche Wasser aus dem Grundwasser des Neckartals in der Nähe des Elektrizitätswerks Kiebingen gewinnen will, so bald wie möglich, d. h. sobald das hiezu erforderliche Kapital zu 8 Prozent Zins zu erhalten ist, erfolgen soll. Die Gemeinden Bühl, Kiebingen, Hirschau und Wurmlingen haben ihren Beitritt zu dieser Wasserversorgungsgruppe mit Rücksicht auf die Vorteile dieser Wasserversorgungsgruppe erklärt, insbesondere auch deshalb, weil die Gruppe die erforderlichen Geldmittel unter den gegenwärtigen Verhältnissen leichter abschaffen kann, als eine einzelne Gemeinde.

Mössingen, OA. Rottenburg, 21. Jan. (Sittlichkeitsverbrechen.) Vorgestern nachmittag wurde eine Schülerin, die außerhalb des Ortes wohnt, auf dem Heimweg von einem Unbekannten auf der Straße überfallen und ihr ein Tuch in den Mund gesteckt. Dann wurde sie in einen naheliegenden Wald geschleppt und ein Sittlichkeitsverbrechen an ihr begangen. Nach der Tat beschenkte der Schurke das Kind und verbot ihm, etwas zu Hause zu sagen. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht gefaßt werden.

Horb, 21. Jan. (Landwirtschaftsfragen.) Der Arbeitsausschuß des 8., 9. und 10. Landw. Gauverbandes bezw. des 3. Wahlkreises für die Landwirtschaftskammerwahl hielt am Montag den 18. d. M. unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Mangold-Reutlingen in Horb eine Versammlung ab, um die am 14. Februar d. J. stattfindenden Wahlen zur Württ. Landwirtschaftskammer vorzubereiten und andere brennende Tagesfragen (Milchpreis, Steuerveranlagung) zu besprechen. Hierbei wurde in geheimer Wahl die Reihenfolge der 17 von den Landw. Bezirksvereinen vorgeschlagenen Kandidaten festgesetzt: 1. Dingler-Calw, 2. Hermann-Hohenmühringen (Horb), 3. Mangold-Reutlingen, 4. Siegel-Lichteneck (Oberndorf), 5. Adlung (Rudolf)-Sindlingen (Herrenberg), 6. Braun (Gottlieb)-Schopfloch (Freudenstadt), 7. Lang-Balingen, 8. Schwörer-Oberstetten (Münsingen), 9. Ehinger-Hohenstein (Rottweil), 10. Kleiner-Ebhausen (Nagold), 11. Wegenast-Neufrizhausen (Sulz), 12. Braun (Karl)-Weilheim (Tübingen), 13. Saile (Max)-Rottenburg, 14. Weiß-Ottenhausen (Neuenbürg), 15. Zepf-Dürbheim (Spaichingen), 10. von Vischer-Ihingen auf Aglishardt (Urach), 17. Marquardt-Rietheim (Tuttlingen). Bezüglich des vielumstrittenen Milchpreises wurde beschlossen, an dem bisherigen Milchpreis festzuhalten, da die in der letzten Zeit infolge der „Milchschwemme" vorübergehend in Stuttgart herabgesetzten Preise nicht für das ganze Land maßgebend seien. Dagegen wurde festgestellt, daß die Spannung zwischen Erzeugerpreis und Verkaufspreis bedauerlicherweise zu hoch ist, weshalb anzustreben ist, daß die landw. Ortsvereine von ihren Mitgliedern die Milch sammeln und direkt an die Verbraucher absetzen (Milchverkaufs-Genossenschaften). Betreffs der Steuerveranlagung bezw. Einschätzung der landw. Betriebe wurden verschiedene Wünsche und Mißstände dem Landwirtschaftlichen Hauptverband zur Weiterbehandlung und Untersuchung übergeben; insbesondere wurde über die Erhebung der Grunderwerbsteuer folgende Entschließung gefaßt: „Die heute in Horb versammelten Vertreter der Landw. Bezirksvereine des Schwarzwaldkreises bitten die Regierung, die Grunderwerbsteuer, die eine ungemeine Härte darstellt, erheblich zu ermäßigen, mindestens jedoch auf den Vorkriegssatz zurückzusetzen. Grunderwerbsteuer beim Tausch eines Grundstücks soll in Wegfall kommen." Zum Schluß wurden die Vertreter der Bezirksvereine ermahnt, die Landwirte zu reger Teilnahme an den Wahlen zur Landwirtschaftskammer (Eintragung in die Wahllisten bei den Schultheißenämtern usw.) aufzufordern.

Rottweil, 21. Jan. (Körperverletzung mit Todesfolge.) Das Schwurgericht hat den Steinhauer Heinrich Arnold von Alpirsbach wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu drei Jahren Gefängnis abzügl. vier Monate Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte hatte im Juli v. J. in Alpirsbach den 31 Jahre alten verheirateten Güterbeförderer Ernst Glück nach vorausgegangenem Streit durch einen Hieb auf den Kopf schwer verletzt. Einen Monat darauf ist Glück im Bezirkskrankenhaus in Freudenstadt gestorben.

Ulm, 21. Jan. (Bundestag des Kriegerbundes.) Das Präsidium des Württembergischen Kriegerbundes bestimmte, daß der Bundestag 1926 am 29. und 30. Mai in Ulm stattfindet.

Ulm, 20. Jan. (Meisterschaften der Deutschen Turnerschaft im Jahre 1926 in Ulm.) Aus Anlaß des wohlgelungenen 41. Landesturnfestes hat der Kreisausschuß des 11. Turnkreises Schwaben beim Hauptausschuß der Deutschen Turnerschaft den Antrag gestellt, auch einmal in Süddeutschland und zwar im Schwabenlande eine Veranstaltung der Deutschen Turnerschaft abzuhalten. Der Hauptausschuß der Deutschen Turnerschaft beschloß, dem Wunsche des 11. Turnkreises stattzugeben und im Jahre 1926 die Meisterschaften der gesamten Deutschen Turnerschaft im Fußball und Faustball in Ulm austragen zu lassen, was voraussichtlich am 6. Juni d. J. geschehen wird. Bei der Wahl der Stadt Ulm hat das der Neuzeit entsprechende Ulmer Stadion seine Anziehungskraft ausgeübt und den Ausschlag gegeben.

Friedrichshafen, 20. Jan. (Die neue Dornierflugzeugwerft am Bodensee). Ueber die geplante neue Flugzeugwerft, die die Dornier-Metallbauten G. m. b. H. in Friedrichshafen auf der Ebene zwischen dem alten und jungen Rhein am Bodensee errichten wird, teilen schweizerische Blätter jetzt weitere Einzelheiten mit. Die vorläufige zu überbauende Grundfläche beträgt rund 15 700 Quadratmeter. Geplant ist vor allem die Anlage einer großen Montage- und Konstruktionshalle von [illegible] Meter Länge und 60 Meter Breite, sowie ein Nebengebäude von 105 Meter Länge und 12 Meter Breite. Dazu soll dann später noch ein besonderes Verwaltungsgebäude kommen, das nicht zu umgehen sein wird, auch wenn die eigentliche Leitung des Unternehmens vorläufig noch in Friedrichshafen verbleiben sollte. In den sofort zur Ausführung gelangenden Räumlichkeiten können ohne weiteres bis zu 600 Arbeiter beschäftigt werden. Das Fabrikationsprogramm sieht die Aufnahme des Betriebes bereits für Ende Juli mit 40 Arbeitern vor. Die Belegschaft wird dann monatlich je um 20 Mann erhöht. Der in Verbindung mit der Flugzeugwerft zu errichtende Flugplatz soll eine Ausdehnung von rund 2000 Meter in der Länge und 500 Meter in der Breite erhalten. Die Wasserflugzeuge können durch einen breiten, ebenfalls neu zu erstellenden Kanal nach den Flugzeughallen der Werft gebracht werden.

Der neue Roman

Vergib

Original-Roman von H. Courths-Mahler

mit dem wir in unserer heutigen Ausgabe beginnen, wird wiederum das ungeteilte Interesse unseres Leserkreises in Anspruch nehmen. Egoismus und Anmaßung stehen in scharfem Gegensatz zur Bescheidenheit, Anspruchslosigkeit und entsagungsbereiter Liebe. Mit vielem Geschick weiß die Verfasserin die beiden Gegensätze einander gegenüberzustellen und in meisterhafter Weise wird von Anfang an das Interesse des Lesers gefesselt und gesteigert. Scharfe Charakterzeichnung und feines psychologisches Verständnis erhöhen die Wirkung der Darstellung, in welcher die ideale Lebensauffassung den Sieg erringt, während die flüssige Sprache die Lektüre des Romans zu einer wahren Erholung werden läßt.

Redaktion und Verlag.

Baden

Heidelberg, 21. Jan. Für den ausgeschriebenen Posten des Heidelberger Theaterleiters haben sich 162 Bewerber gemeldet. Von den Bewerbern interessieren sich 83 nur für die Regie, 60 für ein Pacht- oder Regietheater, während nur 15 ein Privattheater wünschen. Unter den Bewerbern befindet sich auch eine Dame.

Mannheim, 20. Jan. Eine Wildwestszene spielte sich nach der Darstellung des Mannheimer Polizeiberichts zwischen [illegible] und 10 Uhr an der Rheinfähre Altrip-Neckarau ab. Eine Abteilung des Fußballklubs „Verein für Leibesübungen" Neckarau, die aus Altrip kam, geriet mit dem Fährmann in Händel und nahm eine derart drohende Haltung an — er sollte in den Rhein geworfen werden —, daß der Fährmann nach dem Rathaus um Hilfe telephonierte, worauf der Bürgermeister und ein Polizeikommissär erschienen. Als auf dem badischen Ufer der Polizeikommissär vermittelnd eingriff, richtete sich die W[illegible]

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Winter-Mänteln, Schwaben- und Gummi-Mänteln, Lodenjoppen, Windjacken und Arbeitshosen** bei mir decken.
Franz Gratz, Herren- u. Burschenkonfektion, **Pforzheim**, Leopoldstraße
1 Treppe.

Allein-Verkauf der Qualitätsmarke
Fortschritt-Schuhe
Schuhhaus
B. Weigel, Pforzheim.
Ecke Deimlingstr. 18 u. Waisenhausplatz.
Telephon 672.
Beste Bezugsquelle für
Straßen-, Sport- u. Gesellschafts-Schuhe
Beachten Sie meine Auslagen!

Vergib.

Original-Roman von H. Courths-Mahler

„Schockschwerenot nochmal — machen Sie, daß Sie mit Ihrem Zeug rauskommen, Klimschen! Lassen Sie mich mit Ihrem Altweiberkram in Ruhe! Raus damit! Das Zeug hilft doch nicht!"

„Wenn Sie den Tee nicht trinken, gnädiger Herr, kann er auch nicht helfen," antwortete Mutter Klimschen mit stoischer Ruhe. Sie blieb ruhig stehen mit dem Tablett, auf dem eine Tasse mit heißem Tee stand, der nicht gerade verführerisch duftete.

„Mir wird schon übel, wenn ich das Zeug rieche," fuhr Herr von Hohenstein fort.

„Sie brauchen ja nicht dran zu riechen, gnädiger Herr. Schlucken Sie ihn nur schnell runter! Der Tee hat schon vielen Menschen geholfen."

„Das ist ja Unsinn! Ein Gesöff, das so riecht, kann bloß noch kränker machen. Gegen das Zipperlein hilft nischt — verstanden — gar nischt. Und nun raus damit — rrraus! Die Lori soll kommen — auf der Stelle!"

Mutter Klimschen wich und wankte nicht.

„Das Lorchen ist ins Dorf und fragt mal nach, wie es der Krusen geht."

Herr von Hohenstein schlug wütend auf den Tisch.

„Was läuft die Mamsell, da ich sie so nötig brauche, ins Dorf, he?"

„Beruhigen Sie sich, gnädiger Herr, sie kommt bald wieder. Und nun trinken Sie erst mal den Tee," bat die Alte und hielt ihm das Tablett hin.

Mit einem energischen Griff faßte er die Obertasse und kippte sie einfach um, so daß der Tee das Tablett überschwemmte und darüber hinaus floß.

„Aber, gnädiger Herr, der Teppich!" rief Mutter Klimschen vorwurfsvoll und sah an ihrer von Tee triefenden weißen Schürze herab. Der Anblick erheiterte den alten Herrn. Er lachte laut.

„Dem Teppich schadet er weniger als mir," rief er vergnügt, zuckte aber gleich darauf zusammen und faßte nach seinem in Tüchern gehüllten Fuß.

„Verflixtes Podagra! Raus, Klimschen — ich will Ruhe haben! Ruhe! Und die Lori soll kommen! Ein junges Gesicht will ich sehen — keinen ledernen Faltenwurf und Ihre grauen Haare!"

Mutter Klimschen hatte die Teespuren auf dem Teppich beseitigt.

„Schimpfen Sie nur, wenn Ihnen das Erleichterung bringt. Ich gehe schon. Aber erst will ich doch den Spiegel verhängen," sagte sie lachend.

„Den Spiegel? Wozu denn?"

„Na, gnädiger Herr, wenn „Sie" in den Spiegel gucken, kriegen Sie auch nichts anderes zu sehen, als einen ledernen Faltenwurf und graue Haare!"

Wieder lachte der alte Herr.

„Na schön, Klimschen — nun sind wir quitt! Aber nun die Lori."

„Ja doch, sie wird gleich wieder da sein. Sie muß doch auch mal an die frische Luft! Seit drei Tagen sitzt das Kind wie festgenagelt hier in Ihrem Zimmer."

„Hat sie sich beklagt?" fragte er unbehaglich.

„Ach wo — das Lorchen und sich beklagen, wenn sie einem was zu Liebe tun kann. Das gibt's ja gar nicht. Na, und gar Ihnen oder unserm jungen Herrn Hans Georg! Nee, nee, — das gibt's nicht! Aber wenn sie den ganzen Tag hier drinnen steckt, wo unsereiner vor Qualm kaum Atem kriegt, das ist dem Kinde nicht gut. Als Sie vorhin eingenickt waren, hab' ich sie schnell mal ins Dorf geschickt."

Herr von Hohenstein sah sie unsicher an.

„So, so? Also Ihnen habe ich's zu danken, daß die Lore ausgekniffen ist?"

„Jawoll — mir!" trotzte die Alte.

Er sah sie an, und seine Augen funkelten unter den grauen, buschigen Brauen hervor. Dann sog er die Luft prüfend ein.

„Ist's denn so schlimm mit dem Tabakrauch, Klimschen?"

„Man kriegt ja kaum Luft."

„Hm! Ich merke nichts."

„Man kann ja kaum die Hand vor den Augen sehen."

„Und Sie meinen, das schadet der Lori?"

„Gesund ist's nicht für so'n junges Mädchen."

Herr von Hohenstein schien betroffen.

„Also die Fenster auf, Klimschen —'n bißchen plötzlich, daß der Rauch abzieht."

Die Alte schob das Tablett vorsichtig auf den Tisch und öffnete die Fenster weit, so daß die würzige Frühlingsluft ungehindert einziehen konnte. Herr von Hohenstein holte tief Atem.

„Hm! Jetzt merke ich selber, daß die Luft hier 'n bissel dicht war. Das konnten Sie doch gleich sagen."

„Ich fragte doch vorhin schon, ob ich das Fenster aufmachen könnte. Da haben Sie mich angeschrien, als ob ich Sie umbringen wollte. Dabei sind vierzehn Grad Wärme."

„Ja — wenn ich gewußt hätte, daß es um die Lori war — also jetzt spritzen Sie meinetwegen noch 'ne Flasche Kölnisches Wasser um mich her. Aber dann schaffen Sie mir die Lori herbei."

In diesem Augenblick tauchte an dem offenen Fenster, das auf die Terasse des Herrenhauses mündete, ein lachendes, von einer Fülle leicht gelockten, braunen Haares umrahmtes Mädchengesicht auf. Die großen, dunkelgrauen Augen, die von tiefschwarzen Brauen und Wimpern umgeben waren, hatten einen wundersamen Glanz und verschönten das schon an sich liebreizende, feine Gesicht unbeschreiblich.

„Da bin ich, Väterchen!" rief die junge Dame lachend und setzte sich mit einem kräftigen Schwung auf das Fenster.

Das Gesicht des alten Herrn strahlte, als sei die Sonne aufgegangen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Neckarauer gegen ihn, er wurde angepackt und zu Boden gerissen, und als er sich mit der Waffe zur Wehr setzte, wurde er von einem der Burschen überwältigt und in den Rhein geworfen. Die Fähre war inzwischen abgefahren, so daß ihm von dieser keine Hilfe gebracht werden konnte. Als der Rädelsführer auch noch mit Steinwürfen den Kommissar hinderte, sich durch Schwimmen ans Ufer zu retten, begann der Bürgermeister von der Fähre aus mit dem Revolver zu schießen. Erst jetzt ergriffen die Burschen die Flucht und der Polizeikommissär konnte das eiskalte Element verlassen. Der Rädelsführer konnte am anderen Tage festgenommen werden.

Vermischtes

Umwertung von Pensionsansprüchen gegen Versicherungsgesellschaften. Das Oberlandesgericht München hat entschieden, daß Pensionsansprüche voll umzuwerten sind. Folgendes ist der Tatbestand: Ein Angestellter bei der Versicherungsgesellschaft, der lange Jahre im Dienste der bayerischen Versicherungsbank gestanden hat, klagte seine Pension aufgewertet ein, die er für sich und seine Familie gemäß den Satzungen und den einbezahlten Beträgen zu verlangen hatte. Das bayerische oberste Gericht hat zu voller Aufwertung und Zahlung vom Jahre 1924 ab verurteilt. Der Versicherungsbeamte tritt somit in die vollen Rechte ein, die er nach seinen Einzahlungen zu beanspruchen hatte. Es ist dies ein großer Erfolg des Sparerbundkampfes.

Festnahme eines Banknotenfälschers. Seit Ende November 1925 gelangten in Augsburg Fälschungen der Reichsbanknoten zu 20 M. — Ausgabe vom 11. Oktober 1924 — in Umlauf, die eine äußerst plumpe Nachahmung des echten Scheines darstellen. Nachdem es durch Erhebungen gelungen war, die Person des Ausgebers in dem Reisenden Martin Paul Schneider aus Leipzig festzustellen, konnte dieser vor einigen Tagen in Augsburg festgenommen werden. Bei dieser Festnahme wurden außer fertigen Falschstücken auch das zur Herstellung erforderliche Material und Werkzeug vorgefunden. Die von Schneider hergestellte, nicht unerhebliche Zahl von Noten, die er zum größten Teil in dortigen Gaststätten in den Verkehr brachte, wurden aber auch in Memmingen, Villingen, Donauwörth und Friedrichshafen umgesetzt.

Bahnbau auf den Pfänder. Die Pfänderbahn, an der auch die Stadt Lindau stark interessiert ist — der Stadtrat beteiligt sich mit einem Kapital von 100 000 M. — ist nunmehr durch einen Beschluß der Bregenzer Gemeindeverwaltung gesichert. Es fehlen nur noch 180 000 M. zur vollständigen Finanzierung, was aber keine besonderen Schwierigkeiten machen wird.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 21. Januar. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 31 Ochsen (unverkauft 16), 7 Bullen, 40 (20) Jungbullen, 65 (10) Jungrinder, 29 Kühe, 395 Kälber, 697 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 44—48 (letzter Markt 45—48), 2. 34—42 (34—43), Bullen 1. 47—49 (48 bis 50), 2. 40—46 (unv.), 3. 33—39 (—), Jungrinder 1. 47—51 (48—51), 2. 40—46 (unv.), 3. 32—38 (33—38), Kühe 1. 30—40 (unv.), 2. 17 bis 27 (unv.), 3. 12—16 (unv.), Kälber 1. 77—79 (80—82), 2. 70 bis 78 (74—79), 3. 60—68 (64—70), Schafe 1. 64—67 (64—68), 2. 34—58 (55—58), Schweine 1. 80—82 (82—83), 2. 80—81 (81—83), 3. 78 bis 79 (79—81), 4. 75—78 (—), Sauen 60—70 (60—72) Mark. Verlauf: Langsam; bei Großvieh Ueberstand.

Stuttgart, 21. Jan. (Landesproduktenbörse.) Bei ziemlich unveränderten Preisen sowohl für inländische als auch Auslandsware verkehrt der Getreidemarkt in schleppender Haltung. Die Preise blieben unverändert: Weizen 22.50—24.75, Sommergerste 19—22, Roggen 17.50—18, Hafer 16.50—18.50, Weizenmehl 42.25—43.25, Brotmehl 34.25—35.25, Kleie 9.75—10.25, Wiesenheu 6.25—7.25, Kleeheu 7.25—8.25, drahtgepreßtes Stroh 4—4.50 Mk. per 100 Kg.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 21. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über eine Bürgschaft des württembergischen Staats für Darlehen zu Gunsten der württembergischen Wirtschaft festgestellt, wonach das Finanzministerium ermächtigt werden soll, für Darlehen, die von der Oberpostdirektion Stuttgart aus den in Württemberg anfallenden Postscheckgeldern an die Württembergische Notenbank zur Weiterleitung an die württembergische Wirtschaft gegeben werden, namens des württembergischen Staats die Bürgschaft zu übernehmen. Der Entwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Dudweiler (Pfalz), 21. Januar. Auf einer Fahrt von Dudweiler nach Neunkirchen verunglückte das Auto des Buchdruckereibesitzers und Zeitungsverlegers Blankenburg der „Dudweiler Zeitung". Infolge eines Reifenbruchs überschlug sich der Wagen und Blankenburg wurde an einen Baum geschleudert. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Bonn, 21. Jan. Der hiesige französische Gendarmeriekommandant ist nach Abschiedsbesuchen bei der Stadtverwaltung nach Trier abgereist. Der Kommandierende General der französischen Besatzungstruppen stattete gestern dem Oberbürgermeister gleichfalls einen Abschiedsbesuch ab. Er bat ihn im Laufe der Unterredung, die französischen Soldatengräber in seine besondere Obhut zu nehmen, was zugesagt wurde. Die Räumung der Stadt macht weitere Fortschritte. Über das endgültige Datum der Räumung ist jedoch noch nichts bekannt.

Hagen, 21. Jan. Das Gußstahlwerk Wittmann in Haspe teilt mit, daß am 22. Januar die seit Mitte voriger Woche entlassene Belegschaft in Stärke von ca. 1000 Mann wieder eingestellt wird.

Magdeburg, 21. Jan. Wie die „Magdeburgische Zeitung" aus Neuhaldensleben meldet, wurden in einem abgebrannten Schober zwei Tote aufgefunden, die bis zur Unkenntlichkeit verbrannt waren. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen 23jährigen Bäckergesellen aus Neuhaldensleben und seine Verlobte handelt. Die beiden hatten zunächst den Schober in Brand gesteckt und sich dann erschossen. Durch das Anzünden des Strohs wollten sie jede Spur verwischen.

Berlin, 21. Jan. Nach Mitteilungen, die Hamburger Kaufleute aus Rußland gehört haben, sind drei deutsche Konsularagenten in Batum und Poti am Schwarzen Meer und Baku am Kaspischen Meer verhaftet worden. Sie wurden zunächst in Tiflis gefangen gehalten und sind dann angeblich zur Beschleunigung der Untersuchung nach Moskau überführt worden. Man wirft ihnen „militärische Spionage" vor, auf die Todesstrafe und Verlust aller Güter steht. — Es wird Aufgabe der deutschen Botschaft in Moskau sein, gegen die Verhaftung dieser Konsularmitglieder Einspruch zu erheben, um so mehr als möglich den Vorwand aufzuklären. Braucht die Sowjetregierung vielleicht wieder Geiseln wie im Falle der drei deutschen Studenten?

Berlin, 21. Januar. Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte heute die Beratung der Anträge über die Fürstenabfindung fort und behandelte zunächst die Besteuerung der Mitglieder der ehemals regierenden Fürstenhäuser. Vom Finanzministerium wurde mitgeteilt, daß seit Mitte Februar 1919 alle früheren steuerprivilegierten Fürstenhäuser keine Steuerfreiheit mehr beantragt oder erhalten hätten. Sie seien also wie alle übrigen Steuerpflichtigen behandelt worden.

Berlin, 22. Januar. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Wandsbek sind nach einer überraschenden Revision der Bücher Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, die das Bezirksamt zum Eingreifen veranlaßten. Vorläufig ist es noch ungewiß, ob Fahrlässigkeit oder Unterschlagung vorliegt. Da die Sachlage noch nicht völlig geklärt ist, ist von einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorläufig Abstand genommen worden.

Berlin, 21. Jan. Die „B. Z. am Mittag" meldet, die Verhaftung des Leutnants Henning von Poser in Rathenow habe die Polizei auf das Verschwinden von zwei Mitgliedern der „Schwarzen Reichswehr" in Rathenow hingelenkt. Wie das Blatt weiter wissen will, handelt es sich im ersten Falle um den Kompagniefeldwebel Politz, der in Rathenow Dienst tat und später als Gefangener auf die Festung Spandau gebracht wurde und seitdem verschwunden ist. Der zweite Fall betrifft der „B. Z." zufolge den 1903 in Südafrika geborenen Werner Klingauf, der 1923 im Berliner Büro der deutschvölkischen Freiheitspartei beschäftigt gewesen und wegen kleiner Unregelmäßigkeiten zur „Schwarzen Reichswehr" nach Rathenow geschickt worden sein soll. Auch er ist gefangengesetzt worden und seitdem spurlos verschwunden.

Berlin, 21. Januar. Reichspräsident von Hindenburg hat der Bonner Stadtverwaltung mitgeteilt, daß er seinen Besuch, der für Mitte Februar vorgesehen war, wegen der schwierigen Zeitverhältnisse bis zum Sommer aufgeschoben hat. — In der Nähe von Korbach (Waldeck) stieß der Kraftwagen des Generaldirektor Wiegand, Leiter der deutschen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Korbach, in der Dämmerung mit einem Lastkraftwagen zusammen. Generaldirektor Wiegand erlitt außer starken Schnittwunden eine schwere Gehirnerschütterung. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist er gestorben.

Hamburg, 21. Jan. Auf der Werft von Blohm & Voß ist heute für die Norddeutschen Kabelwerke Nordenham ein Kabeldampfer neuen Typs von 14 500 Tonnen Wasserverdrängung, der einen Kabel- und Frachtdampfer in sich vereinigt, glücklich vom Stapel gelaufen. Das Schiff erhielt den Namen „Neptun".

Grenchen (Kanton Solothurn), 22. Januar. In dem Juratunnel Münster–Grenchen wurden infolge des Einatmens von Gasen und Rauch der Lokomotivführer und ein Bedienungsmann eines Güterzuges ohnmächtig. Der Zug blieb stecken und erlitt dadurch eine Stunde Verzögerung. Die Erkrankten sind außer Gefahr.

Chaux-de-Fonds, 22. Januar. Die Generalversammlung der schweizerischen Uhrengehäusefabriken beschloß einstimmig, die Fabriken in der ganzen Schweiz mit dem heutigen Tage zu schließen. Die Maßnahme erfolgt in Uebereinstimmung mit der Arbeitergewerkschaft. Sie bezweckt, die Arbeitgeber der übrigen schweizerischen Uhrenindustriezweige zum Beitritt in die Organisation zu zwingen, um eine Beständigkeit der Preise zu erreichen. Von der Maßnahme werden 80 Fabriken mit 1300 Arbeitern betroffen.

Kopenhagen, 21. Jan. Das dänische Folketing hat für die Instandsetzung des deutschen Denkmals bei Düppel 2600 Kronen bewilligt.

Brüssel, 21. Jan. Die Kammer nahm heute den Gesetzentwurf, durch den die Verträge von Locarno gebilligt werden, mit 124 gegen vier Stimmen bei vier Stimmenthaltungen an.

Paris, 21. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat die Regierung zehn große Ueberseedampfer unter der Beschuldigung des Alkoholschmuggels beschlagnahmen lassen. Zwischen den Prohibitionsbeamten und den Schmugglern an Bord des belgischen Dampfers „Oktavia" soll es zu einem Handgemenge gekommen sein. Die Schmuggler und die Matrosen sind unter Zurücklassung von 1000 Flaschen Champagner geflüchtet.

London, 21. Jan. Der „Manchester Guardian" veröffentlicht ein Schreiben der Internationalen Frauenliga für Freiheit und Frieden, das dafür eintritt, die unnötigen Leiden der Rheinlandbevölkerung dadurch zu beseitigen, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem die endgültige Räumung erfolgt, die verantwortlichen Behörden ihre Anordnungen mehr im Geiste von Locarno treffen als bisher.

Moskau, 21. Jan. Frankreich hat sich verpflichtet, Rußland vor der Eröffnung der russisch-französischen Schuldenverhandlungen die Wrangelflotte zurückzugeben. Verschiedene Schiffe sollen ausgebessert, die anderen auf Abbruch verkauft werden.

Eine Schmähung der Württemberger.

Stuttgart, 21. Jan. Der frühere bayerische Hauptmann Hermann Schützinger hat im Anschluß an den Münchener Rotgardistenprozeß im sozialdemokratischen Pressedienst einen Artikel mit Schmähungen gegen die Württemberger veröffentlicht. Darin hatte er behauptet, daß bei Gräfelfing ein Detachement ahnungsloser Russen, ehemaliger Kriegsgefangener aus dem Lager von Puchheim, von württembergischen Studenten in Empfang genommen, ins Feuerhaus gesteckt und nach einer kurzen Untersuchungskomödie (es konnte ja niemand russisch) zum Tode verurteilt, von den sensationslüsternen Studenten in einem Steinbruch aufgestellt und erschossen worden sei. Demgegenüber teilt der „Schwäb. Merkur" folgenden Sachverhalt mit: Die württembergischen Sicherheitstruppen hatten, nachdem Ruhe und Ordnung in Augsburg hergestellt war, den Auftrag erhalten, die von Spartakisten besetzte Stadt Fürstenfeldbruck von diesen zu befreien. Die Spartakisten in Fürstenfeldbruck, das gleichzeitig von zwei Seiten angegriffen wurde, leistete zunächst erheblichen Widerstand, sodaß sogar Artillerie eingreifen mußte. Als die Württemberger in die Stadt einzogen, wurde ihnen mitgeteilt, daß auf Seiten der Spartakisten eine große Zahl Russen mitgekämpft hätten. Zwei Tage später erreichten die Württemberger in der Verfolgung der geflohenen Rotgardisten und im weiteren Vormarsch gegen München die Ortschaft Gräfelfing und nahmen dort 52 Russen gefangen, die in Fürstenfeldbruck gegen sie gefochten hatten. Am selben Abend wurde ein vorschriftsmäßig besetztes Standgericht eingesetzt, das fast die ganze Nacht — selbstverständlich mit Hilfe eines Dolmetschers — die Untersuchung führte und zufolge des einmütigen Geständnisses sämtlicher Russen, daß sie mit der Waffe gegen die Regierungstruppen gekämpft hätten, zu dem Urteil der Todesstrafe durch Erschießen kommen mußte. Die Vollstreckung des Urteils fand am andern Morgen durch ein entsprechendes Kommando statt. Der „Schwäb. Merkur" bemerkt noch, aus diesem Sachverhalt gehe hervor, daß Tübinger Studentenkompagnien gar nicht bei der Sache beteiligt waren.

Um die Friedrichshafener Zeppelinwerft.

Berlin, 21. Jan. Vom Reichsausschuß für die Zeppelin-Eckener-Spende wird dem Deutschen Dienst mitgeteilt: Dieser Tage ging, offenbar in der wohlwollenden Absicht, die Sinnlosigkeit einer Zerstörung der Zeppelinwerke nachzuweisen, eine Mitteilung durch die Blätter, wonach die Luftschiffhalle in Friedrichshafen nur geringen technischen und wirtschaftlichen Wert habe und viel zu klein sein sollte, um Luftschiffe der heute erreichten Dimensionen zu bauen. Ihr Wert liege vielmehr auf moralischem Gebiet, sozusagen als Denkmal der Wirksamkeit Zeppelins. Diese Meldung stimmt mit den Tatsachen keineswegs überein. Die Halle entspricht im Gegenteil, wie von maßgebender Seite festgestellt wird, nicht nur allen Anforderungen des modernen Luftschiffbaus, sondern reicht sogar zur Herstellung von Zeppelinen bis zur Größe von 125 000 Kubikmeter aus. Wenn man bedenkt, daß „Z.R. 3" nur 70 000 Kubikmeter hatte und daß das zunächst zu bauende Schiff, welches vor allem dem Zweck wissenschaftlicher Expeditionen zu dienen berufen ist, nur zirka 105 000 Kubikmeter haben soll, kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, daß die Halle in Bezug auf ihre Größe irgendwie zu wünschen übrig lasse.

Dr. Reinholds Abschied vom sächsischen Landtag.

Dresden, 21. Jan. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags waren die Bänke der Regierung voll besetzt, den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Entgegennahme der Etatrede des scheidenden Finanzministers Dr. Reinhold. Er bemerkte einleitend, es sei ihm schwer gefallen, sich heute vom Ministerpräsidenten, den Ministerkollegen und seinen Mitarbeitern zu verabschieden. Er bitte, dem Haus noch als seine letzte Amtshandlung den Staatshaushaltplan für 1926 vorlegen zu dürfen. Der Minister legte den Staatshaushaltplan vor und schloß: „Der neue Etat, den ich Ihnen im Namen der Regierung als meine letzte Amtshandlung vorlege, ist ein Werk, das fast in allen Stellen die Not und die Armut unserer Bevölkerung widerspiegelt. Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte schon schwerere Zeiten gemeistert. Lassen Sie mich mit dem Wunsche schließen, daß meine engere Heimat in Zukunft verschont bleiben möge von engstirniger Interessenpolitik und kleinlichem Parteigeist und daß bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen ein Ziel für die Mehrheit unseres Volkes fest und unverrückbar bleibt: durch Fähigkeit und Arbeit aus der Not und Demütigung dieser Tage heraus den Weg zu bahnen zu neuem Aufstieg der deutschen Nation."

Reichssondergericht für Fürstenabfindungen.

Berlin, 21. Jan. Wie eine parlamentarische Nachrichtenstelle hört, beabsichtigen die Regierungsparteien in der Frage der Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern eine Vermittlung herbeizuführen. Diesem Zweck soll dienen die Gründung eines Reichssondergerichts, an welche alle prozeßmäßig noch nicht erledigten Fälle geleitet werden sollen. Dieses Reichssondergericht soll aber nicht nur nach strengem Recht, sondern auch nach den jeweils gegebenen finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Falls beide Parteien den Wunsch haben, sollen auch bereits erledigte Fälle diesem Reichssondergericht zur Nachprüfung überwiesen werden können.

Die Abfindung der Wittelsbacher.

Berlin, 21. Jan. Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte am Nachmittag seine Verhandlungen über die Fürstenabfindung fort. Ministerialdirektor Dr. Neumaier gab über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des bayerischen Staates mit dem vormals regierenden Königshause Auskunft. Zur Durchführung der Auseinandersetzung wurde auf Grund gütlichen Uebereinkommens und durch Landesgesetz ein Fonds mit der Bezeichnung „Wittelsbacher Ausgleichsfonds" errichtet. Die Nutzungen des Fonds fließen jeweils den Mitgliedern des vormals regierenden Königshauses zu, die bei Fortdauer der Geltung der vor dem 8. November 1918 maßgebenden Bestimmungen Anspruch auf Leistungen des Staates hatten. Dem bayerischen Staat steht das Vorkaufsrecht zu, wenn Grundstücke des Fonds oder Wertgegenstände aus dessen Sammlung verkauft werden sollen. Nach etwaigem Aussterben des Wittelsbach-Geschlechtes wird der Fond aufgelöst und sein Vermögen fällt an den bayerischen Staat. Auf eine Frage teilte der Vertreter Bayerns mit, daß Aufwertungsansprüche nicht erhoben worden seien. Das Haus Wittelsbach verzichte in dem Vergleich endgültig auf alle Rechte an dem ausgedehnten Eigentum des früheren Hausfideikommisses.

Die erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Berlin, 21. Jan. Das Reichskabinett trat heute nachmittag 5.30 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach Vereidigung der Reichsminister Dr. Külz, Dr. Curtius und Dr. Reinhold, die bisher noch nicht im Kabinett tätig gewesen sind, durch den Reichskanzler, gab Dr. Stresemann einen Ueberblick über die außenpolitische Lage. Im Anschluß daran wurde über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland, insbesondere mit Frankreich, Bericht erstattet. Die Feststellung der Regierungserklärung ist Gegenstand einer besonderen Sitzung des Reichskabinetts, die in den nächsten Tagen stattfinden wird.

Das Programm der neuen Regierung.

Berlin, 21. Jan. Der Kern des Regierungsprogramms betrifft selbstverständlich die **Milderung der Wirtschaftskrise.** Vermutlich sieht das Programm sehr einschneidende Maßnahmen vor, Maßnahmen jedenfalls, für die die Sozialdemokraten seinerzeit die Verantwortung nicht glaubten übernehmen zu können. Alles hängt aber von dem Kurs ab, den der neue Finanzminister Dr. Reinhold einschlagen wird. Er hat soeben erst im sächsischen Landtag durchblicken lassen, daß er auf einen Steuerabbau und Rückführung der steuerlichen Maßnahmen auf ein erträgliches Maß zur Wiederaufrichtung der Industrie hinarbeiten würde. Wie er das Problem anpacken wird, weiß man noch nicht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er ein umfangreiches Sparprogramm für Reich, Länder und Gemeinden im Auge hat. Seine Schritte müssen jedenfalls dahin gehen, die Industrie wieder konkurrenz- und absatzfähig zu machen, was ihr unter dem gegenwärtigen Steuerdruck nicht möglich ist. Verminderte Arbeitslosigkeit, die mit einer Wiederaufrichtung der Wirtschaft Hand in Hand geht, bedeutet gleichzeitig eine verringerte Inanspruchnahme des sozialen Etats, so daß sich für den Reichsarbeitsminister die Pflicht ergibt, durch Verminderung der sozialen Ausgaben von sich aus ebenfalls wesentlich zur Entlastung der Wirtschaft beizutragen. Auf der anderen Seite aber wird es Aufgabe des neuen Reichswirtschaftsministers sein, die Wirtschaft selbst zu beschleunigter Fortführung des bereits eingeleiteten Umstellungsprozesses anzuhalten und sie im Anschluß an Steuererleichterungen zu scharfen Preisabbau zu veranlassen, damit auch der Inlandskonsum sich wieder heben kann. Alle diese Fragen werden im Programm der Reichsregierung den breitesten Raum einnehmen, hängt doch von ihrer Lösung das ganze Schicksal des Kabinetts ab, dessen Hauptaufgabe die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not ist. Daneben gehen Erklärungen über unsere künftige **Außenpolitik,** an der sich nichts ändern wird. Hier ist die durch die Locarno-Verträge gegebene Richtung nach wie vor maßgebend. Natürlich wird der Kanzler sich nicht lediglich auf diese Feststellungen beschränken, sondern auch das Entschädigungsproblem berühren und die europäischen Staaten auffordern, durch Niederlegung ihrer Zollmauern und Abschluß von Handelsverträgen uns in die Lage zu setzen, unseren Export zu steigern um dadurch die für die Entschädigungszwecke erforderlichen Summen zu vereinnahmen. Auch ein Protest wegen der Hinauszögerung der Räumung und Besatzungsverminderung ist zu erwarten, bildet doch diese Angelegenheit zurzeit den Gegenstand ernster Vorstellungen der Reichsregierung in den Schriftstücken der alliierten Staaten. Dr. Luther wird sich sicherlich auch zu dem nunmehr akut werdenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund äußern, der schon insofern akut ist, als der Generalsekretär des Völkerbunds, Erich Drummond, in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen wird, um mit dem Auswärtigen Amt über die Besetzung der einzelnen Sekretariatsposten zu verhandeln. Die Lage liegt hier nicht so einfach, da auch von der Deutschen Volkspartei der Eintritt in den Völkerbund von befriedigenden Rückwirkungen abhängig gemacht wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der Außenminister sich selbst vor der Absendung des Antrags, nach Paris begeben wird, um mit Briand persönlich den ganzen Fragenkomplex der Rückwirkungen der Klärung entgegenzuführen. In der französischen Presse wird auch bereits angedeutet, daß man den Reichsaußenminister für die zweite Februarhälfte erwartet. Schließlich bleibt noch die **Fürstenabfindung,** die ebenfalls der Mittelpunkt des innerpolitischen Streits ist und zu dem sich die Reichsregierung durch den Kanzler erst äußern muß. Die Lage dürfte hier aber durch das inzwischen zustande gekommene Kompromiß über die Einrichtung eines Reichsschiedsgerichts beim Reichsgericht in Leipzig, dem alle Vermögensauseinandersetzungen unterbreitet werden sollen, wesentlich erleichtert werden. Zur Innenpolitik wird sie keine neuen Feststellungen zu machen haben, so daß die Fertigstellung des Regierungsprogrammes über Sonntag, spätestens aber am Montag mittag zu erwarten ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Deutscher Reichstag.

Berlin 21. Jan. Die heutige Reichstagssitzung währte nur zwei Stunden. Es wurde mit der dritten Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1925 fortgefahren. Die Beteiligung an der Debatte war noch geringer als gestern. Man verabschiedete ohne viel Federlesens den Etat des Reichsjustizministeriums, des Reichspostministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, das übrigens immer noch herrenlos ist. Bis auf einige unwesentliche Anträge wurden vom Hause keinerlei Einwendungen erhoben. Infolgedessen hatten die Fraktionen Zeit und Muße, sich während der Nachmittagsstunden mit ihrer Stellung zu der neuen Regierung zu beschäftigen.

Ein deutschnationaler Antrag betr. den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Berlin, 21. Jan. Die deutschnationale Reichstagsfraktion verlangt in einem Antrag, daß Deutschland nicht eher einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stelle, als bis ihm gegenüber u. a. authentisch anerkannt sind: Volle Neutralität gegenüber den Art. 16 und 17 des Statuts, kein Verzicht auf deutsches Land und Volk, Aufhebung der Luftfahrtsbeschränkungen, Gleichberechtigung in den Rüstungsfragen, Widerruf des Kriegsschuldbekenntnisses, Anerkennung des deutschen Rechtes auf seine Kolonien, vollständige Räumung der Kölner Zone sowie Abkürzung der Besetzungsfristen usw. — Der Antrag ist das Ergebnis einer deutschnationalen Fraktionssitzung, die ein außenpolitisches Programm aufstellte.

Albert Thomas in Berlin.

Berlin, 21. Jan. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, äußerte sich, wie der Gewerkschaftl. Nachrichtendienst mitteilt, über seine Unterredung, die er hier mit Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte, sehr befriedigt und stellte mit besonderer Betonung fest, daß er überall eine durchaus positive Auffassung für die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts beobachten konnte. Ebenso sprach sich Thomas anerkennend über die deutsche Angestelltenbewegung aus.

Polnischer Bildersturm.

Berlin, 21. Jan. Wie in Südtirol die Faschisten, so haben in dem ehedem preußischen Gebiet Polens die polnischen Nationalisten es erreicht, daß alle an die frühere Zeit mahnenden Denkmäler des Deutschtums beseitigt wurden. Lediglich ein Steinbild Franz Josephs in einem galizischen Nest war den Bilderstürmern bisher entgangen. Als der Woiwode davon erfuhr, erließ er einen Ukas an den Stadtrat, das Denkmal sofort zu entfernen. Die Stadtväter Jablotows — so nennt sich das Städtchen — widersetzten sich dem aber mit der Begründung, daß Franz Joseph sowohl bei ihren preußischen wie bei ihren ukrainischen und jüdischen Einwohnern sich der Achtung und Ehrung erfreue. Der Woiwode stellte daraufhin der Gemeinde das Ultimatum, binnen zehn Tagen für die Entfernung des Denkmals zu sorgen. Am achten Tage nach dem Befehl wurde nach der Rede eines österreichischen Veteranen der steinerne Franz Joseph vom Sockel heruntergenommen, in einen blumengeschmückten Sarg gelegt und unter den Klängen des Radetzky-Marsches zu Grabe getragen.

Die Richtlinien des neuen Finanzministers.

Hamburg, 21. Jan. Kurz vor seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister gewährte Dr. Reinhold einem Redaktionsmitglied des „Hamburger Fremdenblattes" eine Unterredung über die Steuer- und Finanzpolitik. Als obersten Grundsatz stellte Dr. Reinhold den Gedanken auf, daß die Grundlage für eine solide Finanzpolitik eine gesunde Wirtschaftspolitik sei. Die einzelnen Steuern seien darauf zu untersuchen, ob sie über das normale Maß hinaus auf die Produktion verteuernd wirken und somit die Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt und auf dem Weltmarkt beeinträchtigen. Steuerpolitik sei nicht in der Hauptsache von rein fiskalischen Gesichtspunkten aus zu machen, sondern sie habe auf die Einzelnen und die Tragfähigkeit der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. Bei dem in Deutschland herrschenden Steuerwirrwarr ist auch die Einstellung von Dr. Reinhold von Bedeutung, daß eine Vereinfachung des deutschen Steuerwesens unbedingt notwendig sei.

Spritschmuggel an der pommerischen Ostseeküste.

Stettin, 21. Jan. Der Zollbehörde gelang es, in Swinemünde eine gut organisierte Spritschmugglerbande auszuheben, die bereits seit zwei Jahren an der pommerischen Ostseeküste ihr Unwesen trieb. Der Sprit, der aus dem Stettiner Freihafenbezirk stammte und unter Zollkontrolle zu Schiff ins Ausland ausgeführt werden sollte, wurde von See her heimlich wieder an Land gebracht und mit Lastautos nach Berlin befördert. Beteiligt sind u. a. der Inhaber einer Swinemünder Firma, der unter dem Druck des Beweismaterials bereits ein Geständnis ablegte. An hinterzogenen Abgaben sind bisher 231 000 Mark festgestellt. Die Summe dürfte aber nur einen Bruchteil des wirklich hinterzogenen Betrags darstellen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Botschafter Berenger bei Coolidge.

London, 21. Jan. Reuter berichtet aus Washington über den Besuch des französischen Botschafters im Weißen Hause, bei dem er sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Berenger erklärte, Frankreich wüßte, daß die wirtschaftliche Welt nicht ins Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn die Welt nicht ihren inneren und äußeren Verpflichtungen durch die schnelle Wiederherstellung des Kredits und des Vertrauens nachkomme. Frankreich sei entschlossen, die Schulden, die es in seiner Verteidigung eingegangen sei, so schnell und vollständig zu regeln, wie es ihm seine gegenwärtige und zukünftige finanzielle Lage ermöglichen würde. Präsident Coolidge erwiderte, er hoffe, daß eine billige und ehrenhafte Regelung der französischen Kriegsschulden bald erreicht werde. Unüberwindliche Schwierigkeiten würden bei der Vereinbarung einer solchen Regelung nicht bestehen.

Arnbach.

Drei trächtige

Ziegen

verkauft

Karl Laxgang.

1000 Mark

gegen gute Sicherheit bei gutem Zins auf ein Jahr für sofort gesucht.

Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Die Kunden in laufender Rechnung werden gebeten, ihre **Konto-Gegenbücher** zwecks Vornahme des Sem.-Abschlusses hereinzugeben.

Gewerbebank Neuenbürg.

Radfahrer-Verein Neuenbürg.

Einladung

Am **Samstag den 23 Januar** findet unsere diesjährige

Abend-Unterhaltung

im **Gasthaus zum „Bären"** statt.

Programm.

1. Musikstück.
2. Begrüßungsansprache.
3. Musikstück.
4. **Theaterstück: „An der Grenze"**, Dramatisches Stück in vier Akten.
5. Musikstück.
6. **Lustspiel: „Im Fuchseisen"**, Schwank in zwei Akten.
7. Musikstück.
8. Couplet: Der ängstliche Michel und der furchtsame Sepp.
9. Musikstück.
10. Gabenverlosung.

Aenderung des Programms vorbehalten.

Eintritt: Nichtmitglieder 50 Pfg., Mitglieder mit Familie 50 Pfg.

Saalöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Etwa uns zugedachte Gaben werden dankend entgegengenommen im Gasthof zum „Bären" sowie im Lokal zum „Adler".

Vergessen Sie nicht

das bekannte

Teilzahlungs-Schuhhaus

Arkaden 6

Vielseitigen Wünschen

entsprechend bringt die Brauerei Robert Leicht in Vaihingen a. F. vom 23. Jan. d. J. ab ein aus den besten Rohstoffen hergestelltes, besonders kräftig eingebrautes, hochprozentiges, helles

Starkbier

Kraft-Schwabenbräu

zum Ausschank. - Es ist dies ein gehaltvolles und langgelagertes Starkbier, das den Bierkenner erfreuen und auch den verwöhntesten Gaumen befriedigen wird.

Bestellungen auf Faß- und Flaschenbier werden erbeten an die Niederlagen:

Christian Kieser, Neuenbürg

Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach

Wilh. Laichinger, Pforzheim

Fr. Schofer, Pforzheim

Turn-Verein Neuenbürg

Am Sonntag, den 24. Januar, nachm. 5 Uhr, findet im **Gasthaus zur „Eintracht"** unsere

diesjährige

General-Versammlung

statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Tagesordnung: Jahresbericht, Turnbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.

Der Turnrat.

Schöner, eichener

Schreibtisch,

sowie ein

Plüsch-Sofa

(beide neu) zu verkaufen.

Gefl. Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Schwere

Kuh

mit dem zweiten Kalb hat zu verkaufen

Friedrich Oelschläger z. „Bären".

Schömberg.

Durch Umbau meines Backofens habe ich **feuerfeste**

Gewölbsteine

samt Ofentüre

zu verkaufen

Matth. Reutschler, Bäckerei.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Höfen a. E., 21. Januar 1926.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

August Mettler, Säger,

im Alter von 52 Jahren im Bezirkskrankenhaus in Neuenbürg unerwartet rasch verschieden ist.

In tiefer Trauer

die Gattin: **Marie Mettler**, geb. Schranz **mit Kindern.**

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag ½3 Uhr in Höfen statt.

Jahrgang 1901.

Sonntag, 24 Jan., mittags ½3 Uhr, Zusammenkunft bei **Vogt z. „Tannenburg"**. Vollzähliges, pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Neuenbürg (e. V.).

Am Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, findet im Gasthaus zum **„Bären"** ein

Vortrag

statt über **Steuerfragen, Realkredit** und die Auswirkungen der **Zwangswirtschaft** im Wohnungswesen.

Redner: Herr Stadtrat **Reiner** aus **Heilbronn.**

Steuerfragen und Realkredit sind zurzeit für den Hausbesitz derart wichtige Gegenstände, daß die Anwesenheit **jeden Hausbesitzers** in seinem eigensten Interesse unerläßlich ist.

Unsere **Mitglieder**, die **Ortsvereine** des Enztales, wie auch alle unserem Verein noch **fernstehenden Hausbesitzer** werden hierzu frdl. eingeladen.

Der Ausschuß.